

Die Linke in der EVP

Christine Kaufmann im Porträt Sie ist mit Herz und Seele Gemeindepolitikerin, nun will sie in die Kantonsregierung. Was treibt sie an? Ist sie mehr als nur eine Wahllokomotive für ihre Partei? Eine Suche nach Antworten.

Alessandra Paone

Christine Kaufmann sitzt gerne im Grand Café Huguenin am Barfüsserplatz. Sie trinkt Kaffee und schaut den vorbeiziehenden Menschen zu. Beobachtet sie. Manchmal trifft sie sich hier auch mit ihrer 16-jährigen Tochter zum Mittagessen; sie geht in der Nähe zur Schule. An diesem Dienstagmorgen im September ist Kaufmann hier, um über sich zu reden. Über ihr Leben, ein bisschen zumindest, und den unerwarteten Entscheid, für die Basler Regierung zu kandidieren.

Als Kind wollte sie Tierärztin werden. Sie ist es dann auch geworden. 25 Jahre lang hat sie den Beruf ausgeübt, zuletzt mit eigener Praxis in Riehen. Bis die grosse zeitliche und emotionale Belastung sie veranlasst hat, sich beruflich neu zu orientieren. Der Gedanke an eine Regierungskandidatur ist langsam herangereift. «Ich bin nicht am Morgen aufgewacht und habe beschlossen: So, jetzt mache ich das», sagt sie. Sie führte Gespräche mit ihrer Partei, der EVP, ihrem Umfeld, ihrer Familie – sie alle kamen zum Schluss, dass Kaufmann, 51, frühere Grossrätin, seit sechs Jahren Gemeinderätin in Riehen, «eine durchaus valable Kandidatin» sei.

Ihre Kandidatur dient in erster Linie der EVP, zurzeit im Kantonsparlament mit nur einem Sitz vertreten. Dank dem neuen Wahlgesetz hofft man, drei weitere Mandate hinzuzugewinnen. Das streitet Kaufmann nicht ab. «Aber ich bin nicht bloss eine Wahllokomotive. Meine Kandidatur ist ernst gemeint», sagt sie. CVP-Grossrätin Andrea Knellwolf sprach von einer «blöden Idee», weil sie dem amtierenden Regierungsrat Lukas Engelberger Stimmen wegnehmen könnte. CVP und EVP bilden gemeinsam eine Fraktion im Grossen Rat. Kaufmann ist es egal, wem sie Stimmen wegnimmt: Wer kandidiert, muss für sich schauen.

Die Frage von Leben und Tod

Sie hat sich gut überlegt, ob sie antreten soll. Kaufmann ist politisch zu erfahren, um nicht zu wissen, was ein Wahlkampf bedeutet – Stress, physisch und psychisch, Erfolge, oft aber auch Niederlagen.



Christine Kaufmann sitzt gerne im Grand Café Huguenin und beobachtet die Menschen. Foto: Kostas Maros

Zweimal hat sie in Riehen für das Gemeindepräsidium kandidiert, zweimal ist sie gescheitert. Sie weiss aber auch, was sie kann und vorzuweisen hat, politisch, beruflich und menschlich.

Das Leben einer Regierungsrätin kann hart sein, das erlebt man im Moment bei Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, die wegen ihrer Personalpolitik im Historischen Museum mitten im Wahlkampf von allen Seiten hart angegangen wird. Kaufmann sei als Gemeinderätin auch schon persönlich ange-

griffen worden. «Das ist unerschön, es bleibt aber eine politische Angelegenheit, die ich am Abend nicht mit nach Hause nehmen. Es belastet mich persönlich mehr, wenn ich eine Familie mit Kindern begleite, die ihre Katze einschläfern muss. Wenn es darum geht, mit der Frage von Leben und Tod umzugehen.»

Kaufmann macht sich nicht so viele Gedanken darüber, was sie für ein Mensch ist. Deshalb stützt sie, als sie danach gefragt wird. «Ich bin mit dem Kopf ständig zu sehr mit anderem beschäftigt, um

mich mit mir zu beschäftigen», sagt sie dann und schiebt nach: «Ich bin ein Familienmensch.» Ihre Eltern, die drei Geschwister, ihre Tochter zum Beispiel – das seien sehr wichtige Bezugspersonen und ihre schärfsten Kritiker. Die Frage, was sie politisch auszeichnet, beantwortet sie rascher: sachorientiert, mit einer Gabe, aus der Situation heraus zu handeln, analytisch stark und kompromissbereit.

Das ideologische Hickhack zwischen links und rechts hindere den Grossen Rat oft, die

bestmögliche Lösung zu finden. Dies zeige die aktuelle Bettlerdebatte, bei der es nicht darum gehe, eine gute Lösung zu finden. Stattdessen werde das Thema mit plakativen Aussagen bewirtschaftet, um den Wahlkampf anzuhetzen. «Schrecklich!» Es seien Menschen und keine Plage. «Was wir in Basel mit den Bettlern erleben, ist nur ein winziger Teil des Elends, das es auf der Welt gibt. Das kleine bisschen genügt aber schon, um uns aus der Fassung zu bringen. Weil wir nicht damit umgehen können. Das Elend überfordert uns.»

Schalk und Selbstironie

Hier sieht Kaufmann die Regierung in der Verantwortung, die vermehrt auf Kompromisse hinarbeiten sollte. «Eva Herzog hat mit ihrem einzigartigen Steuerdeal gezeigt, dass es funktionieren kann.» Kaufmann schätzt die ehemalige SP-Finanzdirektorin sehr. Die Wertschätzung beruht auf Gegenseitigkeit; Herzog sagt über Kaufmann: «Sie wäre eine tolle Regierungsrätin. Nur ist sie in der falschen Partei, um eine reale Chance zu haben.»

Kaufmann wirkt im ersten Moment zurückhaltend, etwas ernst auch. Im Gespräch mit ihr drückt aber immer wieder Schalk und Selbstironie durch. «Frau Kaufmann, Sie haben als Ärztin einen wissenschaftlichen Hintergrund. Ist das vereinbar mit ihrem Glauben?» Sie beugt sich nach vorne und sagt dann mit einem leicht ironischen Ton: «Ich glaube an die Evolution, nicht an die Schöpfungsgeschichte – ich habe das studiert. Ausserdem können einem die evangelischen Werte etwas bedeuten, auch wenn man nicht an die Jungfrauengeburt glaubt.» Und weiter: «Sie sagen, Sie glauben an eine höhere Kraft. Würden Sie diese als Gott benennen?» Sie: «Nein, schon aus dem Grund nicht, weil Gott als weisser Mann mit Bart dargestellt wird.»

Kaufmann ist evangelisch-reformiert und geht gerne zur Kirche. Der Glaube an die höhere Kraft hilft ihr, Dinge wie das Wunder des Lebens oder Schicksalschläge zu erklären, die sich nicht nur rein wissenschaftlich belegen lassen. Kaufmann lebt getrennt, ist für die Ehe für alle und sagt zu

Abtreibungen: «Wir haben eine gute Lösung in der Schweiz.»

Dennoch gehört sie der EVP an, Riehens Hauspartei. Während 44 Jahren stellte die EVP das Gemeindepräsidium, davon 28 Jahre lang in der Person von Gerhard Kaufmann, Christine Kaufmanns Vater. Sie sei in die Partei hineingewachsen, sagt sie. Anders aber, als viele in Riehen behaupten würden, habe ihr Vater nie Druck auf sie ausgeübt. Als gesellschaftsliberale Person, als jemand, der die Politik der sozialen Gerechtigkeit vertritt, für die Gleichstellung einsteht und verkehrspolitisch fast nur ökologisch denkt, wäre sie in der SP wohl besser aufgehoben. Oder bei den Grünen. Dasselbe, sagt sie, habe man auch über ihren Vater gesagt.

«Ich glaube an die Evolution – ich habe das studiert.»

Christine Kaufmann, Regierungskandidatin

Sie hat ihre Parteizugehörigkeit auch schon hinterfragt. Die Antwort war aber immer dieselbe: Die EVP ist ihre Heimat. Ihre Haltung habe Platz. Während ihrer Zeit als Grossrätin hat sie mitbekommen, wie Mitglieder anderer Parteien unabhängig von ihrer Meinung gezwungen wurden, mit der Fraktion zu stimmen. «So will ich nicht politisieren müssen», sagt Kaufmann. Die EVP sei eine echte, eigenständige Mittepartei, im aktuellen Regierungswahlkampf sogar die einzige. Selbst die Grünliberalen seien wegen der Beziehungen ihrer Kandidatin Esther Keller zur Wirtschaft nicht ganz unabhängig.

Kaufmann ist hingegen, wie sie selber sagt, nur ihrem Gewissen verpflichtet.

Gericht spricht SP-Grossrätin Brandenburger frei

Teilnahme an illegaler Demonstration Das Strafgericht Basel-Stadt wollte die Vorwürfe nicht bestätigen.

Wie immer, wenn Teilnehmer von linksautonomen unbewilligten Demonstrationen beschuldigt werden und vor Gericht erscheinen müssen, haben Sympathisanten am Donnerstagmorgen vor dem Beginn des Verfahrens den Eingang vor dem Strafgericht Basel-Stadt belagert. In den Gerichtssaal konnten aber nur ein paar wenige von ihnen, wegen der Covid-19-Schutzmassnahmen. Für die Aufhebung der Strafbefehle gegen sechs Demonstrationsteilnehmer war aber nicht der Gruppenauflauf verantwortlich, sondern die fragwürdige Beweisführung von Polizei und Staatsanwaltschaft.

Gerichtspräsident Marc Oser (SVP) fand keine Anhaltspunkte,



Jessica Brandenburger ist erleichtert über das Urteil. Foto: Lucia Hunziker

die dafür ausgereicht hätten, die Beschuldigten wegen Landfriedensbruch und Störung von Tram- und Busverkehr zu verurteilen. Auch wenn die Demonstration teilweise von gewalttätigen

Szenen überschattet wurde – verübt von wenigen Vermummten –, blieb der grosse Teil der Kundgebung friedlich. Dass eine der beschuldigten Personen Flaschen gegen die Polizei geworfen oder Sprayereien begangen hatte, konnte niemandem nachgewiesen werden, weshalb der Vorwurf unhaltbar war und ein Freispruch erfolgen musste.

Mit Verwunderung äusserte sich Richter Oser zur Art und Weise, wie dieser Strafbefehl zustande gekommen war. Die Beurteilten, darunter SP-Grossrätin Jessica Brandenburger, hatten der Polizei einen Brief geschrieben, um gegen den Gummischrot-Einsatz der Polizei zu protestieren. Die Polizei lud dann die

Personen als Auskunftspersonen ein – und überwies die Aussagen an die Staatsanwaltschaft.

Dort formulierte man einen Zusammenhang mit den Gewalttaten und sprach die Strafbefehle aus; Brandenburger akzeptierte diesen Strafbefehl nicht. «Ohne diese Aussagen hätte es gar kein Strafverfahren gegeben», sagte Oser.

«Keine Strafbarkeit»

Für den Richter ist die Strafverfolgungsbehörde hier nicht nach strafrechtsprozessualen Grundsätzen vorgegangen. «Es ist klar, dass die Beurteilten an der Demonstration teilgenommen haben. Aber die Aussagen sind nicht verwertbar, und wenn die Aussagen nicht

verwertbar sind, kann daraus auch keine Strafbarkeit abgeleitet werden», erklärte Oser.

Richter Oser äusserte sich auch zum Gummischrot der Polizei. Zwar sei aufgrund der Aktenlage schwierig zu beurteilen, ob der Polizei hier einen Vorwurf gemacht werden könne. Jedenfalls habe eine Gruppe von Vermummten an der Spitze des Demonstrationzuges versucht, über die Mittlere Brücke Richtung Grossbasel zu gelangen, was zuvor von der Polizei untersagt worden war.

Brandenburger ist erleichtert über das Urteil, wie sie nach dem Prozess sagte.

Mischa Hauswirth

ANZEIGE

